



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/40 - 16. Februar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886690

Vor neuen Kontakten Bonn - den Haag	S. 3
Professor Ernst Schellenberg 50 Jahre	S. 4
Drohende Studentenstreiks	S. 5
Adenauers Amateur-Ausserpolitiker und die raune Wirklichkeit	S. 7

Strassburg vor ungelösten Problemen

Von Herbert Wehner, MdB.

Die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) hatte für die Zeit vom 12. bis 15. Februar eine ausserordentliche Sitzungsperiode angesetzt, um sich vor allem zu einem Bericht des belgischen Aussenministers Spaak über die Entwicklung der Verhandlungen um die Bildung einer kontinentaleuropäischen Zollunion und um die europäische Gemeinschaft für die Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke zu äussern. Spaak, der in seiner Eigenschaft als Präsident der intergouvernementalen Konferenz für Euratom und allgemeinen gemeinsamen Markt viel zu sagen gehabt hätte, sagte jedoch seine Teilnahme an der Tagung der Versammlung - deren wortgewaltiger Präsident er einmal gewesen ist - kurzfristig ab und stellte so die Versammlung vor die schier unlösbare Aufgabe, ihre ausserordentliche Sitzungsperiode mit Anstand abzuwickeln.

Die Versammlung musste sich damit begnügen, grundlegende Empfehlungen ihrer eigenen Arbeitsgruppe zu den aktuellen Fragen der Atomgemeinschaft und der Zollunion zu bestätigen. Sie hatte gerug damit zu tun, der Versuchung zu widerstehen, in die Diskussion geworfene Brocken des französischen Volksrepublikaners Teiloux über die umstrittene Einbeziehung der französischen Kolonial- und Überseegebiete in den gemeinsamen Markt der Zollunion aufzugreifen und zum Gegenstand einer in diesem supranationalen Haus nicht angebrachten Debatte über begrenzte nationale Interessen werden zu lassen. Es mag als symptomatisch für die Kompliziertheit der noch ungelösten Streitfragen der angestrebten

Zollunion anzusehen sein, dass die holländischen Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung, die gemeinhin zu den eifrigsten Verfechtern europäischer Zusammenschlüsse mit supranationalem Charakter gehören, diesmal durch den Mund ihres ältesten Mitglieds eine Stellungnahme als "nationale Delegation" abgaben. Holland ist durch die Ausklammerung der Landwirtschaft aus dem projektierten "allgemeinen gemeinsamen Markt" und durch die mit der von Frankreich geforderten Einbeziehung der Überseegebiete verbundenen Kosten und befruchteten politischen Konsequenzen besonders hart betroffen; deshalb wollte es warnen.

Die sozialistische Fraktion der Gemeinsamen Versammlung, die noch am 25. und 26. Januar zusammen mit starken Abordnungen der sozialistischen Parteien der sechs Länder in einer Konferenz in Luxemburg einhellig gefordert hatte, die neu zu bildende Gemeinschaft müsse nach ihrer Auffassung jedes Streben nach Autarkie vermeiden, für den Beitritt "dritter Länder" geöffnet sein und besonders die Interessen der demokratischen Nachbarländer berücksichtigen, und die eine "koordinierte Politik für alle Energie-Arten" verlangt hat, setzte ihren ganzen Einfluss daran, um zu verhindern, dass die Gemeinsame Versammlung in Strassburg zum Schauplatz für die Austragung "nationaler" Gegensätze wurde. Damit, dass ihr das im wesentlichen gelang, hat sie sich ein übriges Mal als ein zuverlässiger Faktor für die Verwirklichung europäischer Zusammenarbeit erwiesen. Aber nach wie vor bleiben die von den Regierungen nicht, oder nur in der Form besorgniserregenden Stückwerks gelösten Probleme bestehen. Dazu gehört auch das Problem einer wirklichen parlamentarischen Kontrolle, der sich die Regierungen auf dem supranationalen Felde nach Möglichkeit zu entziehen suchen.

Die Gemeinsame Versammlung hat sich entschieden gegen das Spielen mit einer Vielzahl europäischer "Parlamente" ausgesprochen und sich dem Vorschlag ihres eigenen Präsidenten angeschlossen, die Gemeinsame Versammlung in einem Parlament aufgehen zu lassen, dem die parlamentarische Kontrolle aller Formen der europäischen Zusammenarbeit obliegen soll. Unbestreitbar herrscht aber bei den Regierungen die Tendenz vor, das in der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion erreichte und verwirklichte Mass parlamentarischer Kontrolle für die neu zu bildenden Gemeinschaften der Zollunion und der Atomgemeinschaft beträchtlich herabzumindern. Die Gemeinsame Versammlung, die sich in Strassburg ausgiebig mit einer Übersicht über ihre eigene in den verfloßenen vier Jahren geleistete Arbeit befasste, steht deshalb vor der Bewährungs- und Kraftprobe, die erreichten Positionen nicht abwerten zu lassen. Wenn allerdings die zum Teil der breiten Öffentlichkeit noch verborgen gehaltenen Streitfragen, an denen bisher die Unterzeichnung der Verträge über eine europäische Zollunion (erweitert durch eine Freihandelszone) und über die Atomgemeinschaft scheiterte, nicht endlich in aller Öffentlichkeit behandelt werden, damit ersichtlich werden kann, was die Bevölkerung der in Frage stehenden Länder selbst wünscht, wird die Gemeinsame Versammlung gegenüber der Kabinettspolitik der nationalen Regierung auf ziemlich verlorenerm Posten stehen bleiben.

Auf amtlicher Basis totgeredet

Von unserem Haager Korrespondenten

Fr. Das Auswärtige Amt hat bei der niederländischen Regierung nachgefragt, ob hier Bereitschaft zu einem Gespräch zwischen Aussenminister von Brentano und seinem holländischen Kollegen Luns bestehe. Auf die Tagesordnung der Besprechungen sollten alle die Bundesrepublik und die Niederlande berührenden Fragen gesetzt werden.

Seit dem Frühjahr 1956, als von Brentano zu Besuch in den Haag war, ruhen die deutsch-holländischen Gespräche völlig. Die niederländische Regierung befand sich zur Zeit auch insofern in einer schwierigen Position, als sie kurz vor den Parlamentswahlen stand. Eine Reihe untergeordneter Fragen konnte jedoch gelöst werden, während alle Hauptprobleme noch einer Lösung harren. Hierzu gehören die Grenzkorrekturen, das Ems-Dollarprojekt, die Auslegung der Rheinschiffahrtsakte von Mannheim und die Behandlung der deutschen Gutshaben in Holland.

In den Haag erklärt man dazu, dass sich trotz einer unverkennbaren Verbesserung der Atmosphäre ein wirklicher Kontakt mit Bonn bisher nicht herstellen liess. Alle Probleme seien auf amtlicher Basis totgeredet worden. Der eingetretene tote Punkt sei vermutlich nur durch ein direktes Gespräch zwischen den Aussenministern zu überwinden.

Die Zeit für eine solche Unterredung scheint mittlerweile wirklich reif zu sein. Vor allem dürfte es die nach den Wahlen grössere Festigkeit des Kabinetts Drees sein, die den Verhandlungen Aussicht auf Erfolg gibt. Alle bisherigen Regierungen waren infolge des grossen Einflusses der Katholischen Volkspartei, insbesondere in der Frage der Grenzkorrekturen, vorbelastet.

Grosses Aufsehen erregte die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Aussenministerium in der holländischen Ersten Kammer, bei der von der Notwendigkeit der Bereinigung aller deutsch-holländischen Streitfragen gesprochen und ausdrücklich auf die zwischen der Bundesrepublik und Belgien erzielten Vereinbarungen hingewiesen wurde. Von amtlicher holländischer Seite ist auf die Anfrage des Auswärtigen Amtes noch nicht geantwortet worden. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die jetzige Bundesregierung wahrscheinlich grosses Interesse daran habe, noch vor den Wahlen in Westdeutschland zu einer für sie positiven Bereinigung der deutsch-holländischen Beziehungen zu kommen.

Pionier der Sozialpolitik

sp - Ernst Schellenberg, der "Strateg der Rentenschlacht", wie er gelegentlich der Beratung der Rentengesetze genannt wurde, vollendet am 20. Februar sein 50. Lebensjahr. Ein echter Berliner Junge, geboren 20 Meter von der Spree entfernt, gilt er als einer der besten Kenner der Sozialversicherung. Auch heute noch hat er als einer der höchsten Berliner Verwaltungsbeamten ein offenes Ohr für die Nöte des kleinen Mannes. Mit 15 Jahren musste er die höhere Schule wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten verlassen und wurde Lehrling bei der Schmiedeberufsgenossenschaft. 17jährig wird er zuerst Sozialvolontär und dann von 1924 ab Fürsorger in Berlin. Schon zu dieser Zeit betätigte er sich aktiv in der Jugendbewegung. Während seiner Berufsarbeit besuchte er das sozialpolitische Seminar der Deutschen Hochschule für Politik. 1930 erhält er die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspfleger. Sein Fleiss war beachtlich. 1929 wird er Gasthörer an der Universität Berlin. Professor Heinrich Herkner und der Staatsrechtslehrer Professor Hermann Heller beantragten 1931 für ihn die Zulassung zum Studium. Er erhält diese durch den Preussischen Kultusminister nach Ablegung einer Begabtenprüfung.

Er absolviert ein Vollstudium vom Sommersemester 1931 bis zum Wintersemester 1932/33. Auf Antrag des Soziologen Professor Emil Lederer wird ihm die Zulassung zum Dr. rer. pol. unter Befreiung vom Diplom-Volkswirt und der erforderlichen Semester zuerkannt. Eine bereits publizierte Schrift wird nachträglich als Dissertation anerkannt.

Während der ganzen Studienzeit steht er in voller Berufsarbeit als Fürsorger und später als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter. 1933 wird er, wie so viele, aus politischen Gründen arbeitslos. Er geht nach Stuttgart und arbeitet dort bei einem privaten Versicherungskonzern bis 1938. 1939 finden wir ihn wieder in Berlin. Er arbeitet jetzt bei der Spitzenorganisation der Privatversicherung. Seit 1940 ist er dann gleichzeitig Referent am Berliner Hochschulinstitut für Versicherungswissenschaft und hat einen nebenamtlichen Lehrauftrag an der Wirtschaftshochschule in Berlin.

Nach dem Zusammenbruch 1945 wird Schellenberg zum Direktor für

das Sozialwesen beim Magistrat Berlin und damit fachlich verantwortlich für das gesamte Sozialwesen Gross-Berlins berufen. Unter seiner tatkräftigen Leitung vollzieht sich in der Folgezeit der mühevollste Neuaufbau der Berliner Sozialversicherung. Seine Lehrtätigkeit nimmt er nach der Wiedereröffnung der Universität Berlin wieder auf und erweitert sein Lehrgebiet über die Versicherungswissenschaft hinaus auf die gesamte Sozialpolitik. Er wird Direktor des Instituts für Sozialwesen und Versicherungswirtschaft und a.o. Professor. Nach der Spaltung Berlins wird er Geschäftsführer des Westberliner Sozialversicherungsträgers, der jetzigen KVAB Berlin.

Schellenbergs fundierte Kenntnisse der Sozialversicherung, sein Temperament und die Schlagkraft seiner Argumente beeindrucken immer wieder. Gerade seine Leistungen während der "Rentenschlacht" gaben erneut den Beweis für sein Können aber auch für sein Wollen, die Kiste des kleinen Kannes zu beheben. Wer einmal Gelegenheit hatte, ihn bei der Arbeit zu beobachten, wird ermessen können, wie sehr Ernst Schellenberg zum Sprecher einer fortschrittlichen Sozialpolitik geworden ist.

+ - +

Die CDU schweigt...

J.D. Dem christlich-demokratischen Bundestagsabgeordneten Bösing sagt man es an, dass er sich in seiner Haut nicht wohl fühlt. Er hatte die undankbare Aufgabe, vor den Sprechern der gesamten Studentenschaft, nämlich der in Bonn tagenden Delegiertenkonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaften, die Haltung seiner Fraktion zu den Wünschen der Studenten zu vertreten. Die VDS-Delegierten waren es leid, sich weiter wie bisher mit billigen Worten vertrösten zu lassen. Immer noch sind zwei Drittel aller Studenten in Westdeutschland gezwungen, Lebensunterhalt und Studienkosten meist voll durch Werkarbeit aufzubringen. Jetzt forderte die Delegiertenkonferenz des VDS einstimmig: mindestens 120 Millionen DM müssen noch dieses Jahr in den Bundeshaushalt eingesetzt werden, damit durch ein vernünftig durchdachtes Stipendiensystem wenigstens einem Teil der Werkstudenten geholfen werden kann.

Es musste die Studenten besonders erbittern, dass die Bundes-

regierung diesen, nun immerhin nicht neuen Wünschen, nur ein recht bescheidenes Trostpflasterchen zugedacht hat. Nur zwei Millionen DM hat sie im Haushalt des Bundesinnenministers für die allgemeine Studentenförderung vorgesehen, eine Summe, von der der VDS errechnet hat, dass man mit ihr gerade 1 300 oder 0,7% der Studenten fördern könne. Während die SPD-Abgeordnete Dr. Elinor Hubert anhand von eigenen Erfahrungen aus der Studentenförderung den Delegierten die Pläne der SPD, die sich mit denen des VDS nahezu decken, erläutern konnte, fand Rösing nur recht allgemeine Worte. Er sprach von den angeblichen Schwierigkeiten, die gewünschte Summe in den 34-Milliarden-Haushalt des Bundes unterzubringen und vergaß auch nicht, den Studenten von den (wesentlich höheren) Forderungen der Grünen Front und anderen Gruppen zu erzählen. Leider ging er nicht auf einige Anträge seiner Fraktions- und Koalitionsfreunde ein, die in diesen Tagen wieder eine zehnprozentige lineare Einkommenssteuersenkung propagieren und damit den ach so mageren "Kuchen" des Bundes um rund 1,5 Mrd. DM verkleinern wollen.

Es wird wenig Sinn haben, diesen CDU-Abgeordneten ihre Pläne auszureden, denn mit dem Schlagwort "Steuersenkung" glaubt man im Wahlkampf auch die breiten Schichten für sich gewinnen zu können, denen diese lineare Steuersenkung einen Netto-Gewinn von 40 oder 70 Pfennigen bringt. Aber könnte man nicht von dem Besitzer eines hohen Einkommens, dem 10% Steuersenkung 50 oder 100 Mark Nett-Mehrverdienst bedeutet - und der in Wirklichkeit hinter der Forderung auf lineare Steuersenkung steht - etwas mehr Verantwortungsgefühl erwarten? Damit einige Zehntausend Leute mit fünf- und sechsstelligen Jahreseinkommen ihre Bezüge um ein weiteres aufbessern, soll eine ganze Generation Akademiker sich durchhungern und, statt in Hörsälen und über Büchern zu sitzen, studienfremder Werkarbeit als "baby-sitter", Kisten-schlepper oder Nachtwächter nachgehen müssen? Der Vertreter der CDU schwieg sich hierüber aus. Was wird seine Partei sagen, wenn die Studenten, wie sie es jetzt angedroht haben, Protestmärsche und Vorlesungsstreiks veranstalten?

Kinder im dunklen Wald

-X- Will Rasner, seines Zeichens parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat sich am 11. Februar in Kiel "mit Entschiedenheit" gegen eine grosse Koalition im neuen Bundestag ausgesprochen. Weder Will Rasner noch seine Kieler Rede sind "als Ding an sich" der Erwägung wert. Aber der Mann und seine Kieler Rede sind ein Symptom. Die 1953er-Welle hatte auch ihn hochgespült, und seitdem redet er, ohne eigentlich zu merken, dass er längst im Trockenen sitzt. Wer will schon von Will Rasner wissen, ob er "mit Entschiedenheit" gegen eine grosse Koalition ist? Zu dieser Frage haben, von der SPD und von der CDU aus, längst schon ernsthafte Politiker ihre dedizierte Meinung gesagt. Man weiss in der Bundesrepublik aus dem Munde massgebender Männer beider Parteien genau Bescheid. Aber Will Rasner redet und redet wie ein Kind, dass im dunkeln Wald steht und sich Mut anredet. Der Dunkle Wald des Will Rasner sind die Ergebnisse der Meinungsbefragung und die Möglichkeit, dass die SPD am 12. September 1957 die CDU überrunden könnte. Natürlich gibt er der SPD auch nicht die geringste Chance, aber der Wald des Will Rasner ist, insgeheim eingestanden, eben doch recht dunkel, und deshalb redet er und tut so, als hätten seine Worte Gewicht.

Einige Stufen höher, in der Hierarchie und an Bedeutung, redet mit ihm sein Fraktionskollege Dr. Otto Lenz, der es nicht versäumt, auch heute noch peinlichen Wert auf die Titulatur "Staatssekretär a.D." zu legen. Mit diesem Strohlumen-Titel hält sich der verhinderte Propagandaminister etwas mühselig über dem Wasser, denn die ausserpolitische Debatte hat erkennen lassen, dass er zwar ein Staatssekretär ausser Dienst, aber kein Aussenpolitiker ist. Des Kanzlers CDU benötigt Otto Lenz allerdings gar nicht als Politiker, sondern als Propagandisten, und in dieser Branche hat er dank der immer reichlich fliessenden Finanzmittel durchaus einiges zustande gebracht. Von der klapprigen Rosinante des Staatssekretärs a.D. herab kanzelt er den abwesenden SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer ab. Ollenhauers Plan eines kollektiven Sicherheitssystems? "Vage Vorstellung, nicht durchdacht, unlogisch, einfach unmöglich, schlecht durchdachtes Phantasiegebilde, futuristische Spekulation".

Wir wollen nicht in der Sache mit Dr. Otto Lenz diskutieren, sein

Vokabular lässt ernsthafte Gespräche schwerlich zu. Aber immerhin sei daran erinnert, dass die Bundesregierung in ihrem Deutschland-Memorandum vom November 1956 das Prinzip des kollektiven europäischen Sicherheitssystems ausdrücklich bejaht hat und sich bis heute dazu bekennt, was der CDU-Abgeordnete Kiesinger kürzlich erst ausdrücklich wieder festgestellt und daher die eingehende Beratung des Ollenhauer-Vorschlages im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages gefordert hat. Otto Lenz denkt in anderen Kategorien, in den Ein- und Schmalspurbahnen der von ihm erzeugten "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise", die ohne Politik der Stärke und zementierte Militärblock-Thesen die Berechtigung für ihr höchst kostspieliges Dasein verloren hätten. Der ganze Rattenkönig der Lenz-gesteuerten Propaganda-Tarnorganisation müsste im harten Wind der Wirklichkeit erfrieren, verhielte sich ihr DM-Protector Otto Lenz, könnte er es überhaupt, anders als er es zuletzt am 11. Februar tat, da er im offiziellen CDU-Pressedienst in der ihm eigenen Sprache redete. Der Staatssekretär a.D. Konrad Adenauers musste so reden, denn auch er steht im dunkeln Wald.

Am 5. Februar flog Regierungssprekchschef Felix von Eckhardt nach den Vereinigten Staaten. Das Reiseticket sagte: Vorbereitung des Heuß-Besuches in den USA. Am 5. Februar war Adenauer lichtgraue Eminenz "drüben" - sechs Tage später flog er wieder gen Bonn. Am 12. Februar berichtete er auf dem Frankfurter Flugplatz zwar nicht von seinen Vorbereitungen für den Heuß-Besuch, aber von Gesprächen mit "Regierungs- und Parlamentskreisen" und "führenden amerikanischen Politikern". Da Herrn von Eckhardt in Amerika praktisch nur vier Werk-tage zur Verfügung standen, dürfte ihm angesichts dieses reichen Gesprächsnehmens kaum viel Zeit für die Heuß-Aufgabe geblieben sein. Aber darum gings ja auch gar nicht. Adenauer hatte sein liebstes Kind wieder einmal auf Kundfahrt geschickt, und Eckhardt wusste etwas zu erzählen, denn er hatte eine Reise getan. In den USA seien, so sagte der Kanzler-Bote, im Augenblick keine Anzeichen dafür vorhanden, dass sich "die amerikanische Politik in absehbarer Zeit von der NATO weg zu anderen politischen Möglichkeiten hin neu orientiert". Mögliche Erwägungen, die NATO etwa durch ein europäisches Sicherheitssystem zu ersetzen, stießen "nach seinen Feststellungen" gegenwärtig in den USA "auf kein ernsthaftes Interesse".

Felix von Eckhardt hätte sich die Mühe des Fluges und ums Steuer-hlorn die teuren Reisespesen sparen können, denn diese Auskunft hätte er für ein Vierzig-Pfennig-Telefongespräch sicher auch in Meklen bei US-Botschafter Dr. James B. Conant erhalten können. Was heisst "in absehbarer Zeit", was heisst "gegenwärtig"? Und wer will schon die NATO hinwerfen, bevor er nicht das kollektive Sicherheitssystem in der Hand hat? Das wissen doch auch die Amerikaner, die es wissen müssen, ganz genau. Vielleicht hat Felix von Eckhardt mit anderen Amerikanern gesprochen? Dafür ist er eigentlich zu klug.

Und doch hat auch er in Frankfurt auf dem Flugplatz geredet wie ein Kind, dass im dunkeln Walde steht - einfach vor sich hinredet, wie die Rasner, Lenz a tutti quanti, die reden müssen, weil ihnen Angst und Bange wird und weil sie sehen, dass ihr politisches Haus auf jener Logik aufgebaut ist, die ihr neues Idol, der Bundesverteidigungsminister Franz Joseph Strauß, am Dienstag vor der in- und ausländischen Presse Bonn in überwältigender Einfachheit, mit einem wahrhaft historischen Satz darlegte: "Gäbe es keine Streitkräfte, dann gäbe es auch kein Verteidigungsministerium". Dieser Satz passt haargenau nicht nur auf die Bonner Ernskeilkaserne, sondern auch auf das Palais Schaumburg, und die dort seit 1949 betriebene Politik des "grossen" Konrad Adenauer.